



## FÜNF PUNKTE GEGEN DEN STILLSTAND

Was Österreichs Industrie  
von der Politik erwartet – und was  
sie nicht akzeptieren wird.



**„MADE BY INDUSTRIE“  
-CHALLENGE**  
– jetzt mitmachen!

Seite 5



**VORARLBERG**

Gemeinden: Sparen am Rand  
reicht nicht mehr

Seite 10

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

**EU-INDIEN**

Bedeutung für Handel  
und Wachstum

Seite 2

# EU – Indien: Strategische Bedeutung für Handel und Wachstum

Die EU und Indien verhandelten – inklusive einer neunjährigen Unterbrechung – seit 2007 ein Freihandelsabkommen. Nach fast 20 Jahren konnten die Gespräche nun Anfang dieses Jahres abgeschlossen werden. Parallel dazu werden Verhandlungen über ein EU-Indien-Investitionsschutzabkommen fortgeführt.

Indien ist mit rund 1,5 Milliarden Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Welt sowie (mit einem BIP-Wachstum von etwa 6–7%) die viertgrößte Volkswirtschaft. Gemeinsam bilden die EU und Indien einen Markt von insgesamt zwei Milliarden Menschen und stehen für knapp ein Viertel des globalen BIP. Mit der Umsetzung des EU-Indien-Freihandelsabkommens entsteht somit die bisher größte abgeschlossene EU-Handelspartnerschaft.

Gerade angesichts einer volatilen geopolitischen Lage, der erratischen und protektionistischen US-Handelspolitik sowie konjunkturell herausfordernden Zeiten innerhalb Europas ist die Diversifizierung der europäischen Handelspartner wichtiger denn je. Der dynamische Wachstumsmarkt Indien spielt dabei aufgrund seiner wachsenden Bedeutung sowohl in der Weltwirtschaft als auch in der Geopolitik

eine entscheidende Rolle. Jetzt gilt es jedenfalls, die Chancen dieses Handelsabkommens raschestmöglich zu nutzen.

## Was bringt das Abkommen?

Das Handelsabkommen sieht eine schrittweise Reduktion der teilweise sehr hohen indischen Zölle auf über 90% der EU-Exporte vor, insbesondere für den Industriebereich, aber auch teilweise für landwirtschaftliche Güter. Weiters geht es unter anderem um bessere Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungen (etwa Finanzdienstleistungen) sowie auch Erleichterungen bei nicht tarifären Handelshemmnissen (etwa technischen Vorschriften).

Konkret ist im Automobilbereich eine schrittweise Senkung der Zölle von aktuell 110% auf 10% (im Rahmen jährlicher Zolltarifquoten) sowie der vollständige Abbau von Zöllen auf Autoteile nach fünf bis zehn Jahren ab Inkrafttreten des Abkommens vorgesehen. Auch in den für die österreichischen Exporteure wesentlichen Sektoren wie Maschinen, Chemikalien sowie Eisen und Stahl ist ein vollständiger Zollabbau im Lauf von bis zu zehn Jahren vorgesehen. Im Bereich Maschinen etwa erhebt Indien aktuelle Zölle von bis zu 44%, bei Eisen und Stahl sind es aktuell bis zu 22%.

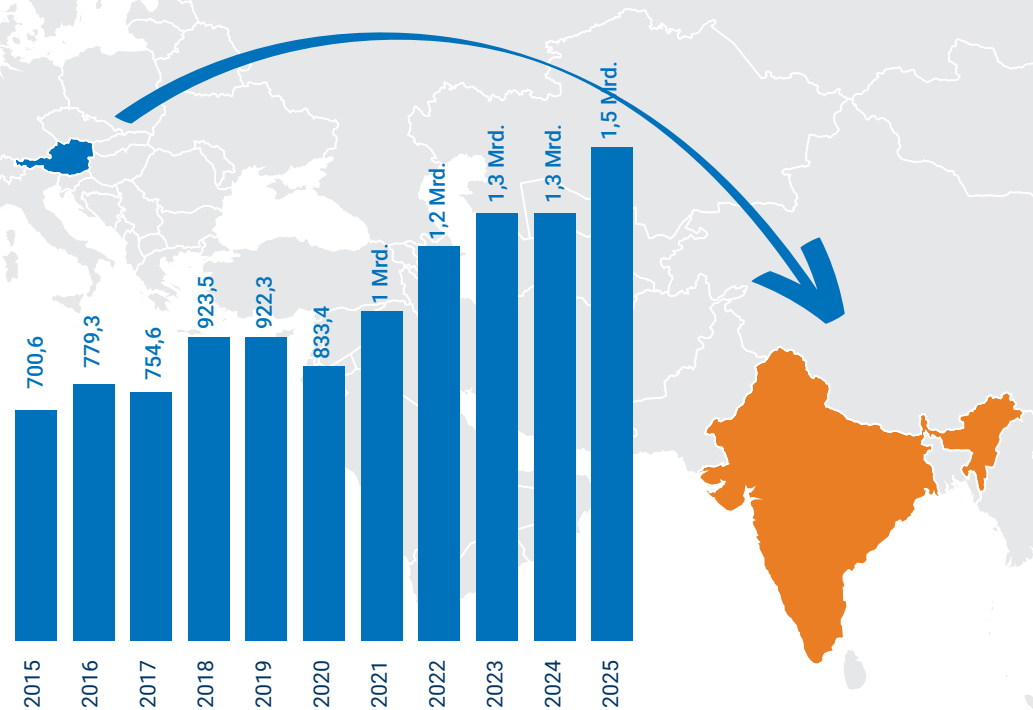
Der vereinbarte Zollabbau bringt EU-Exporteuren eine Ersparnis von ca. vier Milliarden Euro jährlich. Die österreichischen Ausfuhren nach Indien sind allein im vergangenen Jahr um knapp 14% gestiegen. Studien prognostizieren eine

Schaffung von 5.000 neuen heimischen Industriearbeitsplätzen durch die Umsetzung des Freihandelsabkommens.

## Wie geht es weiter?

Es liegt nun an den EU-Mitgliedstaaten, dem Abkommen zuzustimmen. Nach darauffolgender Unterzeichnung des Handelsabkommens durch die EU und Indien, grünem Licht des EU-Parlaments sowie auch der Ratifizierung durch Indien kann das Abkommen schlussendlich in Kraft treten.

## Österreichs Exporte nach Indien Exportvolumen in Mio. Euro



## Nachrufe

### IV trauert um ehemaligen Generalsekretär Ceska

Der herausragende Diplomat und Interessenvertreter ist verstorben. Von 1992 bis 1997 wirkte er als Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

Die Industriellenvereinigung zeigt sich vom Ableben von Botschafter Dr. Franz Ceska tief betroffen, der von 1992 bis 1997 als Generalsekretär der IV wirkte. In dieser Funktion prägte er die Interessenvertretung der österreichischen Industrie durch strategischen Weitblick, internationale Erfahrung und hohe persönliche Integrität. Seine Tätigkeit fiel in eine Phase tiefgreifender wirtschaftlicher und europapolitischer Veränderungen – insbesondere der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ist hier zu nennen –, die er maßgeblich mitgestaltete.

Ceska blickte auf eine außergewöhnliche diplomatische Laufbahn zurück, die ihn unter anderem als Botschafter nach Brüssel und Paris sowie als Ständigen Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen nach Genf führte. Die Industriellenvereinigung würdigt ihn als Brückenbauer zwischen Wirtschaft, Politik und internationaler Diplomatie.

Die Industriellenvereinigung spricht der Familie, seinen engen Wegbegleitern sowie Freunden in dieser schweren Stunde ihr tiefes Mitgefühl aus.

### IV tief betroffen vom Ableben des ehemaligen Vizepräsidenten Welser

Ein Unternehmer und Industrievertreter mit Handschlagqualität – Welser leistete als IV-Vizepräsident einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Industriestandorts.

Die Industriellenvereinigung zeigt sich angesichts des Ablebens des Industriellen Wolfgang Welser tief betroffen. Welser war über Jahrzehnte eine prägende Unternehmerpersönlichkeit und leistete – neben seinen mannigfaltigen Tätigkeiten als Obmann der Bundessparte Industrie und im Fachverband der Metalltechnischen Industrie in der WKO – als Vizepräsident der Industriellenvereinigung und Aufsichtsrat der ÖIAG einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Industriestandorts Österreich.

Mit seinem unternehmerischen Weitblick, seinem Verantwortungsbewusstsein und seiner Handschlagqualität genoss Wolfgang Welser hohe Anerkennung weit über die Industrie hinaus. Sein Wirken hat die Industriellenvereinigung wie auch die österreichische Wirtschaft nachhaltig geprägt.

Die Industriellenvereinigung spricht der Familie, seinen engen Wegbegleitern sowie Freunden in dieser schweren Stunde ihre tief empfundene Anteilnahme aus.

# Neue Steuern sind das Gegenteil von Standortpolitik!

*Wir fordern von der Bundesregierung eine echte Strukturreformagenda – keine Budgetsanierung auf dem Rücken der Leistungsträger!*



**A**nfang Juli soll das nächste Doppelbudget stehen und die Verhandlungen dazu laufen auf Hochtouren. Budgetkonsolidierung ist notwendig, daran besteht kein Zweifel. Die entscheidende Frage aber ist: auf welchem Weg? Wer glaubt, ein strukturelles Ausgabenproblem lasse sich durch neue Einnahmen lösen, zieht die falsche Lehre aus Jahrzehnten verfehlter Fiskalpolitik. Die Versuchung ist verständlich: Eine neue Steuer lässt sich schneller beschließen als eine echte Verwaltungs- oder Gesundheitsreform. Aber sie ist trügerisch: Denn was kurzfristig wie Budgetsanierung aussieht, schädigt den Standort nachhaltig und langfristig. Österreichs Unternehmen brauchen

keine neuen Belastungen – sie brauchen Entlastung: bei den Lohnnebenkosten, bei der Energiebesteuerung, bei den bürokratischen Lasten.

Stattdessen erleben wir das Gegenteil: eine politische Debatte, die immer wieder in dieselbe Richtung kippt. Mehr Steuern. Neue Steuern. Kreativere Steuern. Allen voran die SPÖ und die Grünen, die die Erbschafts- und Vermögensteuer zum Dauerthema erhoben haben – als würde die Lösung für Österreichs Budgetprobleme in den Verlassenschaften hart arbeitender Familien liegen. Diese politische Logik ist nicht nur wirtschaftlich falsch, sie ist auch sozial ungerecht. Was als „Reichensteuer“ vermarktet wird, trifft in der Realität vor allem Eigenheimbesitzer, Familienbetriebe und landwirtschaftliche Höfe. Vermögen in Österreich besteht eben nicht überwiegend aus Wertpapierdepots, sondern aus gebundenem Eigentum: Maschinen, Gebäude, bebautes Land – Werte, die nicht an der Börse verfügbar sind, aber Arbeitsplätze sichern und Generationen tragen.

Die Industriellenvereinigung hat diesen gefährlichen Irrweg klar benannt und ist aktiv dagegen eingetreten: Was SPÖ und Grüne als Gerechtigkeitsprojekt inszenieren, ist in Wahrheit eine Todessteuer auf Lebenswerke. Sie greift ausgerechnet in dem Moment, in dem Familien Verlust verarbeiten und Verantwortung übergeben: wenn ein Unternehmen auf die nächste Generation übergeht, wenn ein Hof weitergeführt werden soll, wenn das Lebenswerk der Eltern nicht verkauft, sondern bewahrt werden soll. Wenn im Übergabemoment plötzlich hohe Steuern fällig werden, entsteht Liquiditätsdruck. Das kann Investitionen gefährden oder Betriebe zu Verkäufen zwingen. Das ist kein abstraktes Schreckgespenst – das ist betriebswirtschaftliche Realität in Tausenden österreichischen Familienunternehmen.

Das eigentliche Problem wird durch alle diese Steuerdebatten systematisch verschleiert: Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Bereits 51 Prozent der Wirtschaftsleistung fließen an den Staat. Kein

Land der Welt hat sich mit immer höheren Steuern aus einer Wachstumschwäche herausgesteuert. Was Österreich braucht, ist eine konsequente Strukturreformagenda: eine Reform des Sozialsystems, eine Effizienzoffensive im öffentlichen Bereich, ein klares Bekenntnis zu Ausgabendisziplin. Das ist politisch mühsamer als eine neue Steuer. Aber es ist der einzige Weg, der Standort, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig sichert.

Wir fordern von der Bundesregierung keine Budgetsanierung auf dem Rücken der Leistungsträger und Familien – wir fordern eine echte Strukturreformagenda. Österreich kann es sich nicht leisten, weiter zu warten.

Ihr

Christoph Neumayer  
(IV-Generalsekretär)

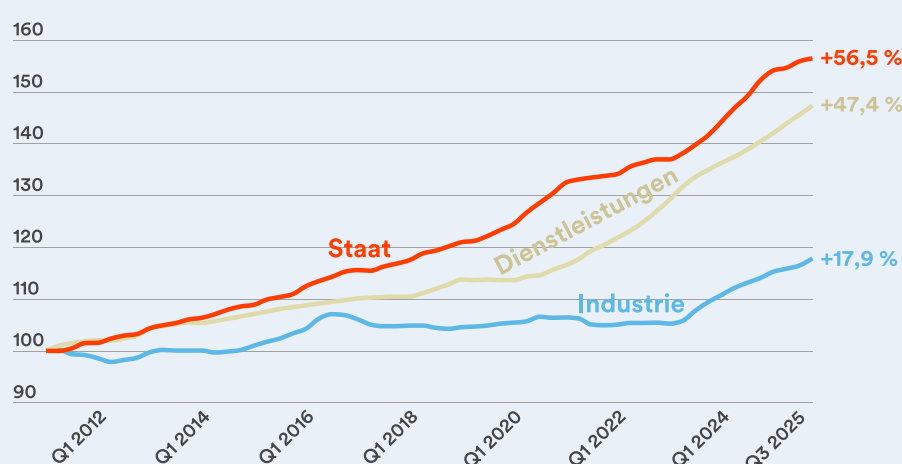


## Grafik des Monats

Industrie als Preisdämpfer in Österreich: Die österreichische Industrie wirkt seit 2010 als wichtiger Preisdämpfer für die gesamte Wirtschaft. Während die Verbraucherpreise im Branchendurchschnitt um knapp 46 % gestiegen sind, legten die Preise in der Industrie nur um rund 18 % zu. Das liegt vor allem an deutlich höheren Produktivitätszuwächsen und am intensiven globalen Wettbewerb, der es den Unternehmen nur begrenzt erlaubt, Lohnkostensteigerungen an Konsumenten weiterzugeben. Die Industriepreise wurden dadurch bis zum Beginn der Energiepreiskrise stabil gehalten – im Gegensatz zu personalintensiven Dienstleistungsbranchen (+47,4 %) und dem staatsnahen Sektor (+56,5 %).

### Staat wird schneller teurer als Industrie

Preisanstieg ausgewählter Branchen, gleitender Vier-Quartale-Durchschnitt (Index: Q4 2010 = 100)



## Zahl des Monats

# 29,4 Stunden pro Woche

Obwohl 2025 um rund 750.000 Personen mehr erwerbstätig waren als vor 20 Jahren (+20,1 %), hat sich das Arbeitsvolumen, also die Gesamtsumme der tatsächlich in einem Jahr geleisteten Arbeitsstunden, kaum verändert – es ist laut Statistik Austria um 2,1 % auf 6,89 Mrd. Stunden im Jahr 2025 gestiegen. Die Ursachen liegen in einer deutlichen Ausweitung der Teilzeit und einem gleichzeitigen Rückgang der Überstunden. In der Folge sank die durchschnittliche tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit seit 2005 um 5,3 Stunden auf 29,4 Stunden.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at  
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.  
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-positionen“ erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, IV-Burgenland / AdobeStock, IV-Kärnten / Helge Bauer, IV-NÖ, IV-OÖ / Fiskalrat, IV-Salzburg / Gorbach/LLB, IV-Steiermark / Foto Fischer, IV-Tirol / Max Kloger, IV-Vorarlberg, IV-Wien / Markus Prantl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



# Gas-Energie-Info-Point: Der Gasmarkt gerät zusätzlich unter Druck

Die IV informierte ihre Mitglieder in einem Info-Point-Format über die aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten und bot einen Ausblick auf unterschiedliche Szenarien.

Vor dem Hintergrund des Iran-Kriegs und der daraus folgenden Verwerfungen auf den Energiemärkten fand am 11. März der 11. virtuelle IV-Gas-Energie-Info-Point statt. Ziel dieses IV-Formats ist es, kurzfristig, aktuell, kompakt und tiefgehend die relevanten Informationen niederschwellig für die IV-Mitgliedsunternehmen bereitzustellen.

Auch dieses Mal machten rund 270 Teilnehmer von diesem Angebot Gebrauch und waren zugeschaltet. Unter der Leitung von IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren standen die Fragen im Mittelpunkt, inwiefern die geopolitischen Spannungen und eine weitere Eskalation im Nahen Osten den europäischen Gasmarkt zusätzlich unter Druck setzen und welche Folgen daraus für die Versorgungssicherheit, die Preisentwicklung und den Industriestandort Österreich erwachsen.

Benedikt Ennser (BMWET) und Johannes Mayer (E-Control) beleuchteten insbesondere die Situation in Österreich und Europa, wo der Großhandelspreis für Gas zuletzt bei rund 50 Euro pro Megawattstunde lag. Dieses Preisniveau liegt bei etwa dem Fünf- bis Sechsfachen des US-Niveaus und damit

nochmals deutlich über dem bereits infolge des Ukrainekriegs angehobenen Preisniveau. Die hohen Gaspreise haben nicht nur Auswirkungen auf die direkten Gasverbraucher (insbesondere der energieintensiven Industrie), sondern wirken sich auch auf die Stromkosten aus und erhöhen damit den Kostendruck für alle produzierenden Unternehmen.

Dabei verfügt Österreich bei einem Jahresverbrauch von rund 80 Terawattstunden über gut ausgebaute Import- und

Transportkapazitäten, womit die Versorgungssicherheit gewährleistet sein sollte. Der aktuelle Speicherstand liegt jedoch deutlich unter dem Niveau der vergangenen Jahre, was verstärkte Anstrengungen hinsichtlich der kommenden Wintersaison erfordern wird. Für Unternehmen besteht nach wie vor die Möglichkeit der Eigenvorsorge in Form der Einspeicherung von Gasmengen, die im Falle der Energielenkung nicht angegriffen werden. Immerhin sind bislang mehr als 2,2 TWh in dieser Art eingespeichert.

Im Hinblick auf die Lage rund um die Straße von Hormus machte Johannes Benigni (JBC Vienna GmbH) deutlich, wie stark eine weitere Eskalation die angespannte Situation verschärfen könnte. Die erste und aktuelle Eskalationsstufe wäre demnach die Schließung der Straße von Hormus, die noch immer relativ rasch wieder aufgehoben werden könnte; mit überschaubaren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Als eine zweite Eskalationsstufe wären hingegen weitergehende wechselseitige Angriffe auf die allgemeine Energieinfrastruktur der Region zu sehen. In einem solchen Szenario drohen zusätzliche Verwerfungen insbesondere bei Ölprodukten, Diesel und Flugtreibstoff – Verwerfungen, die aufgrund der Zerstörungen auch nach einem Ende der Kampfhandlungen noch längere Zeit fortwirken. Zusammenfassend verursachen die aktuellen Auseinandersetzungen gestiegene Transport- und Versicherungskosten sowie einen verschärften Wettbewerb um LNG und damit einen absehbar weiterhin erhöhten Preisdruck. Vor diesem Hintergrund sind rasche und entschlossene Maßnahmen zur Absicherung einer sicheren, diversifizierten und leistbaren Gasversorgung unbedingt erforderlich.



Der Gas-Energie-Info-Point fand im Haus der Industrie statt.

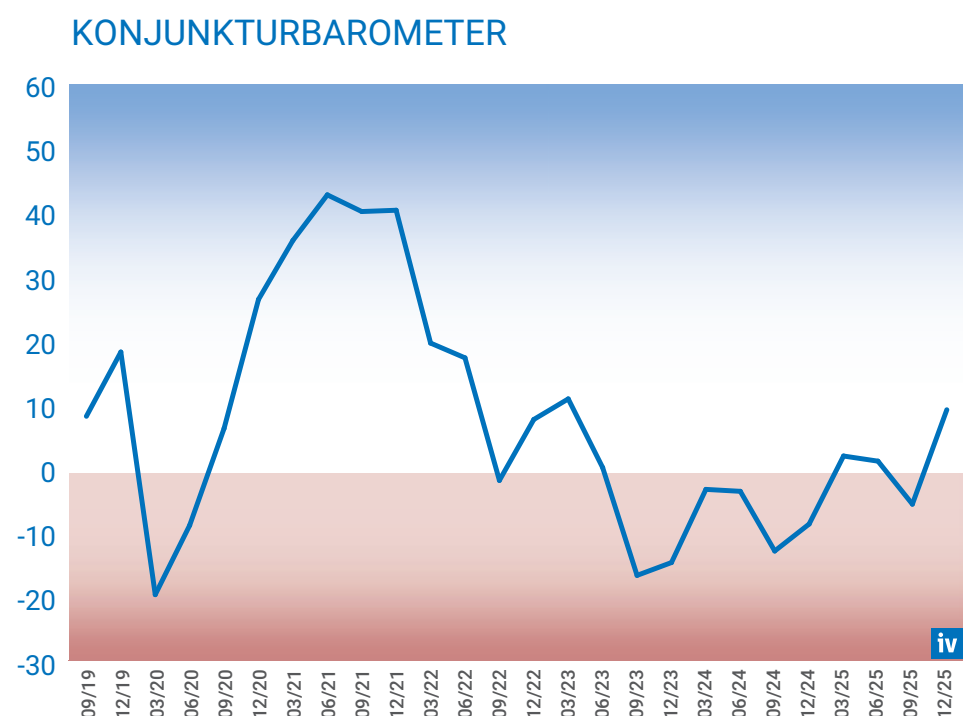
## IV-Konjunkturbarometer: Am Anfang eines flachen Erholungspfad

Die Indikatoren des IV-Konjunkturbarometers signalisieren eine vorsichtige Trendwende, die durch den Iran-Krieg unter Druck gerät. Die Nachhaltigkeit der Erholung ist von Reformfortschritten, Investitionen und Wachstumsmärkten abhängig.

Die längste Rezession der jüngeren österreichischen Wirtschaftsgeschichte ist vorüber. Nach drei Jahren einer zunächst schrumpfenden und dann stagnierenden Wirtschaftsleistung ist für das laufende Jahr 2026 eine leichte Erholung zu erwarten. Allerdings partizipieren die einzelnen Sektoren und Branchen der österreichischen Wirtschaft in ausgeprägt unterschiedlichem Ausmaß daran. Dies hat zur Folge, dass die Zunahme der Wirtschaftsleistung voraussichtlich schwächer als während aller früheren Expansionsphasen ausfallen wird. Durch die Verwerfungen aufgrund des Iran-Kriegs gerät die Erholungsperspektive jedoch unter starken Druck. Positiv verstärkt werden würde sie wiederum von einem Ende des Kriegs in der Ukraine.

Entscheidend für den weiteren Konjunkturverlauf wird sein, ob die europäische

und die österreichische Wirtschaftspolitik in der Lage sind, standortfreundliche Reformschritte zu setzen und dabei auch vor tiefgreifenden Reformen nicht zurückzuschrecken. „Im Rahmen der Industriestrategie wurden erste Schritte zur Kostenentlastung gesetzt, etwa durch den Industriestrompreis und die Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes (SAG); auch ein klares Bekenntnis zum Abbau bürokratischer Belastungen ist positiv. Darüber hinaus braucht es aber auch Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, die praxistauglich ausgestaltet werden, etwa durch erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten sowie eine Vollabschreibung für Investitionen. Um die Eigenkapitalbasis zu stärken, bedürfte es Maßnahmen wie der steuerlichen Besserstellung nicht entnommener Gewinne oder einer Eigenkapitalverzinsung als fiktiver Abschreibung“, betont Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär.



# „Made by Industrie“-Challenge: Jetzt mitmachen!

Mit der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“ rückt die Industriellenvereinigung 2026 gemeinsam mit heimischen Top-Unternehmen die zentrale Bedeutung der Industrie für Österreich in den Fokus. In den kommenden Monaten rollt nicht nur eine „Made by Industrie“-Lok der ÖBB im regulären Bahnverkehr durchs ganze Land, auch Industriebetriebe

in ganz Österreich machen mit und rücken ihre Leistungen im Zuge der Kampagne ins Rampenlicht. Auf LinkedIn hat sich dazu eine Challenge entwickelt, an der bereits Unternehmen wie KEBA, A1 Telekom Austria, Miba, Lindner Traktoren, Unger Stahl, Post AG, Email Austria AG, Welser Profile u. v. m. teilgenommen haben. Machen auch Sie mit Ihrem Unternehmen mit und zeigen Sie, was die Industrie in Österreich leistet!



## JETZT MITMACHEN!

Mehr Informationen zu „Made by Industrie“: [madebyindustrie.at](http://madebyindustrie.at)

Wenn Sie mit Ihrem Unternehmen mitmachen wollen, melden Sie sich bei: [simon.slowik@iv.at](mailto:simon.slowik@iv.at)



## Expertenmeinung von KARL FUCHS

### Pensionsreform von unten

*Das Vertrauen in die staatliche Pension sinkt und insbesondere bei Jüngeren steigt die Relevanz von Wertpapieren als Altersvorsorge.*

Politische Persönlichkeiten werden dafür gewählt, voranzugehen und Dinge anzustoßen, die sich sonst niemand zutraut. In kaum einer politischen Antrittsrede fehlt der Hinweis, auch Unpopuläres zum langfristigen Wohl der Schutzbefohlenen angehen zu wollen. Blickt man auf die österreichische Realität, verkommt diese hehre Vorstellung freilich zu grauer Theorie. Stichwort „grau“: Eine überfällige Pensionsreform wird seit mittlerweile Jahrzehnten regierungsübergreifend vermieden. Die aktuelle Koalition verordnet dem auf den Eisberg zusteuern Pensionstanker bloß eine kaum merkbare Kurskorrektur. Und selbst dieses zarte Eingreifen löste innerhalb mancher Regierungsfraction Rumoren aus.

#### We, the People

Das einzig Tröstliche: Die von der Politik so gefürchtete Wählerschaft scheint in Sachen Pensionen das Heft selbst in

die Hand zu nehmen. Das zeigt das von Meinungsforscher Peter Hajek (im Auftrag von Wiener Börse, Aktienforum und IV) erhobene „Aktienbarometer“ sehr eindrücklich. Die diesjährige Sonderauswertung zur Pensionsvorsorge fördert nämlich Erstaunliches zutage: Während über die Gesamtbevölkerung gesehen nur mehr 39% „sehr“ oder „eher“ starkes Vertrauen in ein Ausreichen der staatlichen Pension haben, geben 58% der Befragten zu Protokoll, „eher wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen mehr zu haben.

Beim Lamento über die bestehenden Verhältnisse bleibt es gerade bei den jüngeren Schichten allerdings nicht. Sie sind sich der Notwendigkeit, selbst aktiv zu werden, durchaus bewusst. Im „Aktienbarometer“ wurde auch die Wichtigkeit von Wertpapieren für die Pensionsvorsorge erhoben, und siehe da: Während wenig überraschend nur jeder fünfte aktuelle

Pensionist (20%) findet, dass Wertpapiere für die eigene Pension Relevanz haben, sind es bei den 30- bis 59-Jährigen schon mehr als doppelt so viele (42%).

#### Die richtige Richtung

Unter den 16- bis 29-Jährigen erreicht die Zustimmung zur Wichtigkeit einer zusätzlichen Pensionsvorsorge dann eine absolute Mehrheit (55%). IV-Generalsekretär Christoph Neumayer sagt dazu: „Die Bevölkerung ist weiter als die Politik. Die politischen Rahmenbedingungen hierzulande sind im Vergleich etwa zu skandinavischen Ländern aber dramatisch unterentwickelt. Das muss sich ändern.“ Für Aktienforum-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger wäre der Ausbau der zweiten und dritten Säule eine doppelt gute Nachricht für den Staat: „Damit wird das System nicht nur tragfähiger und gewinnt wieder an Vertrauen – der Staatshaushalt wird auch



Karl Fuchs, Geschäftsführer Aktienforum

entlastet und kann sich stärker Zukunftsinvestitionen widmen.“

Generell ist der für österreichische Verhältnisse durchaus Boom zu nennende Trend zum Kapitalmarkt ungebrochen: Waren vor rund zehn Jahren nur rund 10% der Österreicherinnen und Österreicher investiert, hat sich diese Zahl 2026 auf 31% mehr als verdreifacht. Das ist ein neuer Spitzenwert; fast jeder Dritte im Land hat bereits Wertpapiere.

Im Ranking der Motive führt der „langfristige Vermögensaufbau“, den 81% der Befragten anführen. Auf Platz zwei folgt das Argument des „Werterhalts“ angesichts der Inflationssituation (76%). Stark aufgeholt hat aber eben auch der Gedanke der „Pensionsvorsorge“ – mit 62%.

# FÜNF PUNKTE GEGEN DEN STILLSTAND

**WAS ÖSTERREICHS INDUSTRIE VON DER POLITIK ERWARTET – UND WAS SIE NICHT AKZEPTIEREN WIRD.**

*Der Wirtschaftsstandort steht an einem Scheideweg. Nach Rezession und Stagnation zeichnet sich eine zarte Erholung ab, doch sie ist fragil, steht durch externe Entwicklungen wie den Krieg im Iran unter Druck und könnte durch falsche Weichenstellungen rasch wieder verspielt werden. Die Industriellenvereinigung hat ihre fünf Prioritäten für das Jahr 2026 definiert. Sie sind zugleich ein Programm und eine Warnung.*

Die Zahlen lassen wenig Spielraum für Euphorie: Nach drei Jahren Schrumpfung bzw. Stagnation ist für 2026 zwar eine leichte konjunkturelle Erholung zu erwarten, doch die Dynamik bleibt schwach und sektoral sehr unterschiedlich verteilt. Viele Frühindikatoren zeigen nach oben – überschreiten jedoch nur teilweise die Nulllinie. Von einem breiten Aufschwung zu sprechen wäre verfrüht. Hinzu kommen neue geopolitische Unsicherheiten, die das zarte Wachstum gefährden. Genau in dieser Situation stehen die Budgetverhandlungen der Bundesregierung an, deren Ergebnis – ein Doppelbudget für 2027/28 – bis Anfang Juli feststehen soll. Für den Präsidenten der Industriellenvereinigung (IV), Georg Knill, ist klar: „Was in diesen Wochen entschieden wird, prägt den Standort weit über die Legislaturperiode hinaus. Bei der Budgetkonsolidierung müssen die Ausgaben im Fokus stehen, um Spielräume für die dringend benötigte Sanierung des Wirtschaftsstandorts zu schaffen.“

## Punkt 2: Kosten senken

Arbeitskosten, Energiepreise und Bürokratie belasten die österreichische Industrie massiv und beeinträchtigen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten. Die IV fordert hier konkretes Handeln auf drei Ebenen: eine stufenweise Senkung der Lohnnebenkosten – konkret zumindest eine Entlastung beim Familienlastenausgleichsfonds um 3,7 Prozent –, Energiepreise auf europäischem Wettbewerbsniveau sowie einen konsequenten Bürokratieabbau. Die ersten 113 identifizierten Entlastungsmaßnahmen müssten rasch umgesetzt werden; weitere seien notwendig, besonders im Bereich des Kapitalmarkts und des Steuerrechts. Besonders sensibel sieht die IV die bevorstehende Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie und des Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes: Hier müsse zumindest jegliches Goldplating vermieden werden, wenn man nicht ohnehin die Einführung verschiebt. Diesbezüglich gibt es auf europäischer Ebene Initiativen („Stop the clock“).

## Punkt 4: Keine neuen Steuern

Besonders vehement positioniert sich die IV gegen die immer wieder aufflammende Debatte über neue Steuern sowie Vermögens- und Erbschaftssteuern – zuletzt durch Grüne und auf dem SPÖ-Parteitag erneut prominent diskutiert. Die Zahlen, die die IV ins Feld führt, sind eindeutig: Österreich weist mit einer Staatseinnahmenquote von 51,4 Prozent des BIP bereits den vierthöchsten Wert in der gesamten EU auf – bis 2030 soll dieser Wert auf 52,2 Prozent steigen, den zweithöchsten Wert überhaupt.

Kapitaleinkünfte, Immobiliengewinne und Kursgewinne unterliegen in Österreich bereits einer umfassenden Besteuerung. Viele dieser Steuern wurden in den vergangenen Jahren eingeführt oder erhöht. Zusätzliche Vermögens- oder Erbschaftssteuern würden daher eine Doppel- bzw. Mehrfachbelastung bereits versteuerter Substanz bedeuten. „Neue Substanzsteuern träfen vorrangig den Mittelstand – eigentümergeführte Familienbetriebe, Betriebe mit betriebsgebundenem Eigenkapital. Also genau jene, die investieren, Wertschöpfung schaffen und Arbeitsplätze sichern. Für Österreich wäre das fatal“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

## Punkt 1: Rasche Umsetzung der Industriestrategie

Einen ersten wichtigen Schritt sieht die IV in der von der Regierung vorgelegten Industriestrategie 2035. Das klare Bekenntnis zum Industriestandort Österreich, der Fokus auf Forschung, Innovation, Energie und Fachkräfte sowie die 117 angekündigten Maßnahmen werden grundsätzlich begrüßt. „Das langfristige Ziel, Österreich wieder unter die Top Ten der führenden Industrienationen zu bringen, ist eine wichtige strategische Positionierung. Doch der Erfolg hängt von der konkreten Ausgestaltung ab – und der raschen Umsetzung. Für uns ist die Industriestrategie ein Pflichtenheft“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Die IV hat dafür ein eigenes Industriestrategiebarometer ins Leben gerufen, das Transparenz über den Umsetzungsfortschritt schaffen und die Verbindlichkeit der Maßnahmen stärken soll. Zur Strategie gehören ein Industriestrompreis ab 2027, die Verlängerung des Stromkostenzuschusses sowie eine Schlüsseltechnologie-Offensive mit einem Volumen von 2,6 Milliarden Euro. Was fehlt: konkrete erste Schritte bei der Senkung der Lohnnebenkosten und Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Kapitalmarkts.

### WEBTIPP:

Zum Industriestrategiebarometer der IV:  
[www.industriestrategiebarometer.at](http://www.industriestrategiebarometer.at)

## Punkt 3: Investitionsanreize statt Hemmnisse

Die Investitionstätigkeit der Industrie bleibt verhalten. Es dominieren Ersatz- und Transformationsinvestitionen in Digitalisierung und Energiewende, während Kapazitätserweiterungen und neue Produktionsaufbauten ausbleiben. Ohne stärkere Investitionsdynamik bleibe die Erholung strukturell anfällig, warnt die IV. Ihr Rezept: gezielte steuerliche Investitionsanreize durch erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten. Eine temporäre oder dauerhafte Vollabschreibung für Zukunftsinvestitionen, etwa in Digitalisierung, Energieeffizienz, Dekarbonisierung oder Schlüsseltechnologien, würde die Liquiditätsbelastung senken und sofortige Anreize setzen. Hinzu kommt die Forderung nach einer steuerlichen Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapital über einen fiktiven Eigenkapitalzinsabzug. Dies würde die Krisenresilienz stärken und die Finanzierung von Wachstums- und Innovationsprojekten erleichtern.

## Ein Frühjahr der Entscheidungen

Die fünf Prioritäten der Industriellenvereinigung für das Frühjahr 2026 sind kein Wunschzettel – sie sind eine wirtschaftspolitische Agenda, die in direktem Zusammenhang mit den anstehenden Budgetverhandlungen steht. Die Frage, ob Österreich seinen strukturellen Konsolidierungspfad über Reformen oder über neue Steuern beschreitet, wird in den kommenden Wochen beantwortet. Für Neumayer und Knill ist die Antwort längst gegeben: „Wer den Standort stärken will, muss entlasten, investieren und reformieren – nicht belasten, verwalten und vertagen.“

### Punkt 5: Das eigentliche Konsolidierungsprogramm

Die fünfte und vielleicht grundlegendste Forderung der IV zielt auf das, was in der politischen Debatte oft zu kurz kommt: Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Staatsausgabenquote liegt bei 55,2 Prozent des BIP – der dritthöchste Wert in der EU; und rund 30 Milliarden Euro mehr pro Jahr als der EU-Durchschnitt. Laut Berechnungen von EcoAustria bestehen Effizienzpotenziale von bis zu 14 Milliarden Euro allein durch Reformen in Verwaltung, Bildung, Gesundheit und beim Finanzausgleich. Das Pensionssystem steht dabei besonders im Fokus: Die demografische Entwicklung lässt die Pensionszuschüsse explodieren und verdrängt damit Zukunftsinvestitionen aus dem Budget. Die IV fordert, das faktische und das gesetzliche Pensionsalter anzuheben, Frühpensionen zu begrenzen und das System insgesamt an die gestiegene Lebenserwartung anzupassen.

## DIE ANGEWANDTE FORSCHUNG IM FOKUS

*Mitte Februar wurde der FTI-Pakt für die Jahre 2027–2029 im Ministerrat beschlossen. Mit einer Dotierung von 5,5 Mrd. Euro ist eine stabile Forschungsfinanzierung gesichert. Die angewandte Forschung steht dennoch vor Herausforderungen.*

Die IV hat sich in den letzten Monaten konsequent gegen vorgeschlagene Kürzungen im Bereich der angewandten und wirtschaftsnahen Forschung eingesetzt. Nach intensiven Diskussionen und Verhandlungen und starkem Einsatz des Wirtschaftsministeriums ist es letztlich gelungen, eine nominelle Stabilisierung der Budgets für die angewandte Forschung zu erzielen und insbesondere im Bereich des Wirtschaftsministeriums zusätzliche Mittel i. H. v. 76,6 Millionen Euro für 2026, begleitend zum FTI-Pakt, bereitzustellen. Gerade die angewandte Forschung ist wesentlich, um gute Ideen in funktionierende Produkte und Dienstleistungen weiterzuentwickeln – und sie damit in echte Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze zu übersetzen.

Insgesamt zeigt der Pakt im Gesamtbudget in der Höhe von 5,5 Milliarden Euro eine Erhöhung gegenüber dem FTI-Pakt 2024–26, die insbesondere auf eine Steigerung im Bereich der wettbewerblichen Grundlagenforschung (+450 Millionen Euro) zurückzuführen ist.

Die enormen technologischen Herausforderungen und das globale Rennen um die Entwicklung der besten Zukunftstechnologien erfordern eine Stärkung der angewandten Forschung, die Voraussetzung ist, um Ideen aus der Grundlagenforschung erfolgreich in unternehmerische Praxis umzusetzen und damit neue Jobs zu schaffen. Durch die Reduktion weiterer FTI-Budgets (Fonds Zukunft Österreich, Klima- und Energiefonds) ist jedoch zu befürchten, dass die angewandte Forschung und damit Investitionen in Zukunftstechnologien weiter unter Druck kommen und in der Folge auch deren Markteinführung erschwert wird. Es besteht erhebliche Sorge, wie sich die gesamte Situation konkret auf Einrichtungen und Agenturen des Pakts auswirken wird – insbesondere auf die für die Unternehmen wichtige FFG als zentrale Agentur für angewandte und wirtschaftsnahen Forschung.

Umso mehr ist nun rasch die im Regierungsprogramm festgehaltene, aber wei-

terhin ausständige Sicherung und der Ausbau des Fonds Zukunft Österreich auf 200 Millionen Euro pro Jahr rasch umzusetzen. Die IV fordert für 2026 zumindest eine Übergangslösung, die maßgeblich für den angewandten Forschungsbereich genutzt werden muss. Aktuell wird für 2026 eine Ausschüttung von rund 75 Millionen Euro erwartet.

Die im Regierungsprogramm und der Industriestrategie verankerte Erreichung der Forschungsquote von über vier Prozent bis 2030 braucht entschlossenes Handeln, damit auch die wichtigen Ziele der FTI-Strategie 2030 konsequent verfolgt werden. Private Investitionen in FTI – immerhin zwei Drittel der gesamten Forschungsausgaben – brauchen weiterhin Anreize durch einen konsequenten Wachstumskurs der öffentlichen Mittel. Investitionen in exzellente Forschung und Innovationskraft brauchen nachhaltige Planungs- und Finanzierungspfade und sind die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft und Wirtschaft.

Einen wesentlichen Rahmen des FTI-Pakts bildet die Schlüsseltechnologieoffensive mit definierten Schlüsseltechnologie- und Stärkefeldern, die auch ein zentrales Kernstück der Industriestrategie darstellen.

Wichtig ist – neben einer Fokussierung auf definierte Schlüsseltechnologie- und Stärkefelder – auch themenoffene, flexible und agile Formate für die Umsetzung von Forschung und Entwicklung zu Schlüsseltechnologien und eingeschlagenen Transformationswegen der Unternehmen klar zu sichern. Ein Förder-Euro löst in diesem Bereich im Schnitt 2,6 Euro an zusätzlichen F&E-Investitionen der Unternehmen aus und führt im Mittel zu 8,6 Euro an Umsatz.

#### WEBTIPP:

Der FTI-Pakt  
2027–2029



## Expertinnenmeinung von MARINA WITTNER

### Österreich leistet sich ein Problem, das es sich nicht leisten kann

Die Zahl der Jugendlichen, die weder in Ausbildung sind noch einen Job haben, steigt in Österreich. Zum demografischen Timing könnte das kaum schlechter passen.



Marina Wittner, IV-Expertin für Bildung und Gesellschaft.

Jeder achte Jugendliche in Österreich zwischen 15 und 24 Jahren ist derzeit weder in Ausbildung noch in Arbeit, insgesamt 121.930 sogenannte NEETs (Not in Employment, Education or Training). Diese Zahl, von der Statistik Austria erhoben, ist zuletzt wieder gestiegen; und das, obwohl seit 2017 eine Ausbildungspflicht bis 18 gilt.

Im EU-Vergleich liegt Österreich mit einer NEET-Quote von rund 13 Prozent weit über den Benchmarks der europäischen Musterschüler: Die

Niederlande kommen auf 3,6 Prozent, Dänemark und die Schweiz liegen ähnlich niedrig. Diese Länder investieren in frühe Sprachförderung, gezielte Bildungs- und Berufsorientierung und individuelle Förderung. Zum demografischen Timing könnte der Trend kaum schlechter passen: Angesichts einer schrumpfenden jungen Bevölkerung und gleichzeitig zunehmender Alterung wird jeder einzelne Jugendliche für den Arbeitsmarkt und Wirtschaft und Industrie wichtiger. Dennoch lassen wir ein Potenzial von 13 Prozent einer ganzen

Generation ungenutzt. Wirtschaftlich ist das schlicht irrational.

Die 2017 eingeführte Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sollte eigentlich verhindern, dass Jugendliche ohne Qualifikation bleiben. Doch die NEET-Zahlen zeigen, dass diese Maßnahme allein nicht ausreicht. Die Industriellenvereinigung fordert daher mit Vehemenz Maßnahmen, die früher ansetzen: hochwertige Sprachbildung bereits im Kindergarten sowie eine Bildungspflicht von der 1. bis zur 8. Schulstufe. Diese soll sicherstellen, dass alle

Jugendlichen nachweislich die Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch erreichen. Zudem sollen die Jugendlichen mit der Entwicklung eines Stärkenportfolios ihre individuellen Stärken und Interessen erkennen, um den richtigen Bildungsweg zu wählen. Die Sprachförderung und die Bildungspflicht stehen bereits im Regierungsprogramm – Letztere allerdings unter Budgetvorbehalt.

## Aktuelles in Kürze

### MINT-Regionen: Mitwirken und Zukunft gestalten

Österreichweit bündeln bereits knapp 1.000 Organisationen – darunter über 200 Unternehmen – ihre Kräfte, um Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu forcieren. Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Vereine sowie Städte und Gemeinden haben sich in 28 regionalen Netzwerken zusammen-

geschlossen, um MINT zur gemeinsamen Mission nach innen und zum regionalen Standortthema nach außen zu machen. MINT wird dadurch entlang der ganzen Bildungskette hands-on und in unterschiedlichen Kontexten authentisch erlebbar, im Kindergarten ebenso wie im Technologieunternehmen. Die Initiative wird von BMFWF, BMB, IV, OeAD,

MINTality Stiftung und der aws getragen und soll dazu beitragen, den Mangel an Innovationsnachwuchs zu lindern und Wissenschaftsskepsis abzubauen. Ausgezeichnete MINT-Regionen erhalten Unterstützung beim Aufbau ihrer Netzwerke und haben die Chance auf monetäre Projektförderung aus den Mitteln des Fonds Zukunft Österreich.

#### JETZT BEWERBEN!

Bewerbungen als zukünftige MINT-Regionen oder Rezertifizierungen sind bis 29. Mai möglich:

[www.mint-regionen.at](http://www.mint-regionen.at)

### Gründungspreis PHÖNIX 2025 zeichnet Innovatoren aus

Am 12. März prämierten Wissenschaftsministerin Eva-Maria Holzleitner und Startup-Staatssekretärin Elisabeth Zehetner innovative Gründerinnen und Gründer aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit dem Gründungspreis PHÖNIX 2025. Der PHÖNIX wird vom Wissenschafts- und vom Wirtschaftsministerium vergeben und von Austria Wirtschaftsservice (aws) in Kooperation mit der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Industriellenvereinigung organisiert.

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer hebt die wichtige Rolle der Hochschulen für den zukünftigen Wohlstand hervor: „Die Wettbewerbsfähigkeit des



österreichischen Wirtschaftsstandorts und damit der Wohlstand stehen auf dem Spiel. Innovationen aus der Grundlagenforschung müssen den Weg in die Anwendung finden und zu österreichischer Wertschöpfung führen. Die Universitäten leisten einen wichtigen Beitrag, wenn sie weiter verstärkt auf Exzellenz, Leistungsorientierung und Wissenstransfer setzen. Dazu gehört die Forcierung strategischer Partnerschaften zwischen Hochschulen und Industrie. Zentral ist, dass unsere Universitäten und Fachhochschulen ihre Profile schärfen und Zukunftskompetenzen in allen Studienangeboten vermitteln. Wir müssen die Anzahl der MINT-Absolventen erhöhen und Frauen in MINT-Fächern mehr Chancen eröffnen.“

### „Zukunft.Frauen“: Industrie, Innovation und verantwortungsvolle Führung

Beim Netzwerkfrühstück des „Zukunft.Frauen Alumnae Club“ am 26. Februar in der Industriellenvereinigung begrüßte Vorstandsvorsitzende Karen Fanto die Gäste zu einem inspirierenden Austausch über die Rolle der Industrie und die Stärkung des heimischen Wirt-

schaftsstandorts. Claudia Mischensky, Vize-Generalsekretärin der IV und Landesgeschäftsführerin der IV-Kärnten, sprach mit weiblichen Führungskräften über die wichtigsten Schritte zurück zu einem wettbewerbsfähigen Österreich. Im Gespräch wurde klar: Die Industrie

bleibt mit hoher Wertschöpfung, starker Spezialisierung und innovativen Hidden Champions ein entscheidender Motor des Landes. Der Vormittag zeigte einmal mehr, dass nachhaltige Veränderung im Dialog entsteht und starke Netzwerke Frauen sichtbar machen und stärken.



# Junge Industrie wählt Eduard Fröschl zum neuen Bundesvorsitzenden

Nach ihrer Amtszeit übergibt Julia Aichhorn die Führung der Jungen Industrie an ein neu aufgestelltes Bundesvorstandsteam.

**E**nde Februar wurde Eduard Fröschl einstimmig zum neuen JI-Bundesvorsitzenden gewählt. Der 32-jährige Tiroler Unternehmer folgt damit auf Julia Aichhorn, die die Organisation in den vergangenen Jahren geprägt und wichtige Impulse für ihre Weiterentwicklung gesetzt hat.

Während ihrer Amtszeit hat Aichhorn vor allem den persönlichen Austausch innerhalb der Jungen Industrie gestärkt – neue Bundesveranstaltungen und zahlreiche Netzwerkformate brachten Mitglieder aus ganz Österreich zusammen; internationale Initiativen wie die Delegationsreise zur Weltausstellung EXPO in Osaka eröffneten darüber hinaus neue Perspektiven und erweiterten den Blick über die Grenzen Österreichs hinaus.

Zudem wurde die Außenkommunikation der Jungen Industrie weiterentwickelt; digitale Kanäle wurden gezielt ausgebaut, um die Anliegen der Nachwuchsorganisation sichtbarer zu machen und den Austausch innerhalb des Netzwerks zu intensivieren. „Ich bin sehr dankbar für das Vertrauen und die Zeit als Bundesvorsitzende der JI. Es hat richtig Spaß gemacht und wir haben gemeinsam an vielen wichtigen Themen gearbeitet“, zieht Aichhorn eine positive Bilanz ihrer Amtszeit.

Mit Fröschl übernimmt nun ein Unternehmer den Vorsitz, der sich bereits seit vielen Jahren sowohl auf Bundesebene als auch in Tirol für die JI engagiert hat. Künftig möchte er die Organisation sowohl als Netzwerkplattform weiterentwickeln als auch ihre Position im wirtschaftspolitischen Diskurs schärfen. Unterstützt wird er dabei von seinen Stellvertretern Lennart Braun aus Oberösterreich und Maximilian Nimmervoll aus Wien.

Im Rahmen einer Klausur des Bundesvorstands wurden zuletzt die inhaltlichen Schwerpunkte für die kommende Funktionsperiode festgelegt. Diese Themenfelder stehen dabei besonders im Fokus: eine rasche Pensionsreform, echter Bürokratieabbau, eine Steuerpolitik, die Leistung belohnt, sowie ein positives und zukunftsorientiertes Bild Europas.

Darüber hinaus möchte Fröschl den Austausch mit den jungen Sozialpartnern neu beleben und den Dialog über zentrale Fragen des Wirtschaftsstandorts stärken. „Ich will ein Vertreter der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer in Österreich sein, der sich für die Interessen der kommenden Generationen einsetzt“, so Fröschl zu seinem Amtsantritt.

Aufbauend auf den erfolgreichen Formaten der vergangenen Jahre soll künftig auch die inhaltliche Arbeit der Jungen Industrie weiter ausgebaut werden. Ziel ist es, die Perspektiven der jungen Generation in wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse einzubringen und zentrale Zukunftsfragen des Standorts aktiv mitzugestalten.



Julia Aichhorn übergibt den Bundesvorsitz der Jungen Industrie an Eduard Fröschl.



V.l.n.r.: Lennart Braun, Eduard Fröschl, Franziska Sumberaz und Maximilian Nimmervoll.



## VERANTWORTUNG FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION

Mit dem Wechsel an der Spitze der Jungen Industrie beginnt ein neues Kapitel für unsere Organisation. Bevor wir nach vorne blicken, möchte ich mich jedoch zuerst bei meiner Vorgängerin Julia Aichhorn bedanken. Sie hat die Junge Industrie in den vergangenen Jahren mit großem Engagement geprägt, neue Formate aufgebaut und den Austausch innerhalb der JI spürbar gestärkt. Auf diesem starken Fundament dürfen wir nun weiterarbeiten.

Der Blick nach vorne zeigt leider klar, dass Wirtschaft und Standort vor großen Herausforderungen stehen – internationale Konkurrenz, technologischer Wandel und zunehmender Wettbewerbsdruck stellen Unternehmen ebenso vor neue Aufgaben wie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich.

Gerade deshalb braucht es eine klare Stimme der jungen Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern. Viele Entscheidungen, die heute getroffen werden, wirken weit in die Zukunft. Die Frage der Generationengerechtigkeit wird daher zu einer der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Es geht darum, dass wirtschaftliche Stärke, soziale Systeme und Chancen auch für kommende Generationen tragfähig bleiben.

Die Junge Industrie versteht sich als Plattform für junge Verantwortungstragende aus der Industrie, die ihre Perspektiven aktiv in diese Diskussion einbringen wollen. Dabei ist mir besonders wichtig, den Dialog zu stärken, sowohl innerhalb der JI als auch mit den jungen Sozialpartnern. Viele Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam lösen.

Darüber hinaus möchte ich alle Mitglieder der Jungen Industrie einladen, sich aktiv einzubringen. Gute Ideen, neue Perspektiven und konstruktiver Austausch sind die Grundlage dafür, dass wir als Organisation Wirkung entfalten können. Wer Anregungen oder Themen hat, kann sich jederzeit gerne direkt bei mir melden.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit unserer engagierten Vereinigung und darauf, gemeinsam an Lösungen für die Zukunft unseres Standorts zu arbeiten. Denn nur gemeinsam können wir alles daransetzen, schnell zu reagieren und den drohenden Wohlstandsverlust unserer Gesellschaft zu verhindern, bevor er Realität wird.

Eduard Fröschl,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

# Vorarlbergs Gemeinden: Sparen am Rand reicht nicht mehr

Wenn fast jede zweite Gemeinde in Vorarlberg finanziell nicht mehr handlungsfähig ist, braucht es Leadership und Strukturreformen. Kommentar von IV-Geschäftsführer Simon Kampl.

Von Vorarlbergs 96 Gemeinden kommen 46 nicht einmal mehr über die laufenden Kosten. Und trotzdem wird die aktuelle Diskussion vielerorts noch unter dem Schlagwort „Sparen“ geführt. Auslöser dafür sind die zuletzt bekannt gewordenen Budgetprobleme einzelner Gemeinden, die angespannte Debatte zwischen Land und Gemeinden über die Finanzierung zentraler Aufgaben – und nicht zuletzt der Landes-Rechnungshof, der vor Kurzem erstmals offen strukturelle Reformen und auch Gemeindefusionen als mögliche Option in den Raum gestellt hat.

Unbestritten ist: In vielen Gemeinden wird derzeit gekürzt. Projekte werden verschoben, Investitionen gestreckt, freiwillige Leistungen reduziert. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich: Gekürzt wird vor allem am Rand – nicht im System. Die grundlegenden Strukturen, Standards und Zuständigkeiten bleiben unangetastet. Damit stellt sich eine Frage, die wir uns ehrlich stellen müssen:

**Wird wirklich gespart – oder werden nur unbequeme Entscheidungen vermieden?**

Ein paar Beispiele, die bezeichnend sind:

Zwischenwasser kann sich einen 600-Euro-Zuschuss für den Seniorentreff nicht mehr leisten. Gleichzeitig betreibt die Gemeinde weiterhin vier Schulen – in einer Kleingemeinde. 12,5 Mio. für ein Feuerwehrhaus in Lustenau; inklusive Architekturwettbewerb, hochwertiger Industrieküche, Seminar-, Jugendräumen und einem Aufenthaltsraum. Ein Hallenbad in Bregenz um 80 Mio. Euro; inklusive großzügiger Saunalandschaft. Die massive Kostensteigerung? Eine Randnotiz. In Röthis wird ein Sportplatz um vier Mio. Euro gebaut. Hard leistet sich weiterhin eine eigene Gemeindezeitung inklusive eigener Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit – ein Medium, dessen Abgrenzung zwischen Information und politischer Selbstdarstellung

diskussionswürdig ist. Jährliche Kosten: 120.000 Euro.

Anders gefragt: Ist das Sparen – oder einfach nur ein sehr hoher Standard, den wir uns längst nicht mehr leisten können? Hier liegt der Kern des Problems: Wir sparen am Rand – aber wir reformieren nicht im System. Wenn fast die Hälfte aller Gemeinden Vorarlbergs finanziell nicht mehr handlungsfähig ist, dann ist das nicht nur ein individuelles Managementproblem. Es ist ein strukturelles Problem. Deshalb ist es kein Zufall, dass der Landes-Rechnungshof vor Kurzem erstmals offen eine Debatte über Gemeindefusionen eingefordert hat. Weil selbst Kooperationen inzwischen

zu teuer, zu komplex und zu personalintensiv geworden sind.

**Und genau diese Fragen müssen wir endlich stellen:**

Brauchen wir in Vorarlberg wirklich 96 eigenständige Gemeinden? Müssen 96 Gemeinden jeweils selbst regeln, wie gebaut wird, inklusive Gestaltungsbeiräten? Führt diese extreme Kleinteiligkeit nicht zwangsläufig zu höheren Kosten, mehr Bürokratie und weniger Spielraum?

**Föderalismus ist wichtig ...**

... aber Föderalismus heißt Verantwortung und Priorisierung – nicht Überstandardisierung bis zur finanziellen Überforderung. Zum Vergleich: Ganz Dänemark hat in etwa so viele Gemeinden wie Vorarlberg. Die aktuelle Debatte dreht sich für mich deshalb zu oft nur um Verteilungskämpfe: mehr Geld hier, weniger Umlage dort. Dabei wäre jetzt der richtige Zeitpunkt für das, was wirklich fehlt: eine echte Strukturreform. Weniger Parallelstrukturen. Klare Standards. Und der Mut, auch einmal zu sagen: Das leisten wir uns nicht mehr. Sparen heißt entscheiden. Alles andere ist nur Aufschieben.

Simon Kampl, MSc., Geschäftsführer Industriellenvereinigung (IV) Vorarlberg.

## Neue Steuern schaffen keine Arbeitsplätze

Neue Steuern sind kein Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen Herausforderungen, sondern ein Teil des Problems.

**Österreich braucht Reformen statt politischer Ablenkungsdebatten**

Die IV-Vorarlberg erteilt den jüngsten Forderungen von AK-Präsident Bernhard Heinzle nach einer Vermögens- bzw. „Reichensteuer“ eine klare Absage. Auch Erbschaftssteuern kommen nicht infrage. Denn neue Steuern sind kein Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen Herausforderungen – sie sind Teil des Problems und schaffen keine neuen Arbeitsplätze.

**Europa-Spitzenreiter bei der Abgabenquote**

„Österreich ist bereits ein Hochsteuerland und zählt mit einer Abgabenquote von rund 43 Prozent des BIP zu den europäischen Spitzenreitern. Wer in dieser Situation zusätzliche Steuern fordert, blendet die Realität am Standort aus und riskiert Investitionen, Arbeitsplätze und Wachstum“, betont IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann.

Besonders problematisch ist aus Sicht der IV-Vorarlberg das immer wieder bemühte Narrativ einer Steuer „nur für Superreiche“. Internationale Erfahrungen zeigen ein klares Muster: Wird eine Vermögenssteuer so hoch angesetzt, dass sie tatsächlich nur eine sehr kleine Gruppe

betrifft, ist ihr Ertrag marginal. Wird sie niedriger angesetzt, trifft sie rasch den breiten Mittelstand – etwa Menschen mit einem Eigenheim oder einem über Jahrzehnte aufgebauten Betrieb. „Beides zugleich geht nicht. Die Behauptung, man könne Milliarden lukrieren, ohne Nebenwirkungen zu erzeugen, ist eine politische Illusion“, so Hartmann.

**Keine neuen Arbeitsplätze**

Nicht zufällig haben zahlreiche Länder – darunter Schweden, Finnland, Dänemark oder zuletzt auch Frankreich – ihre Vermögenssteuern wieder abgeschafft. Der Grund war stets derselbe: hoher administrativer Aufwand, Kapitalabwanderung, geringe Einnahmen und ein klar negativer Effekt auf Investitionen – mit der Folge,

dass auch internationale Unternehmen geplante Investitionen an solchen Standorten zunehmend meiden und dadurch wieder keine neuen Arbeitsplätze in Vorarlberg und Österreich geschaffen werden. „Neue Steuern stehen zudem nicht im Regierungsprogramm. Der Auftrag ist eindeutig: Steuern und Abgaben senken, nicht erhöhen“, hält Hartmann fest. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dürfe man leistungsbereite Menschen und Unternehmen nicht weiter belasten oder aus dem Land drängen – zumal die Wirtschaft bereits heute mehr als jeden dritten Euro des gesamten Steuer- und Abgabenaufkommens finanziert.

**Wo bleibt die Struktur- und Ausgabenreform?**

Statt immer neuer Steuerdebatten braucht Österreich endlich Struktur- und Ausgabenreformen. Bei über 56 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt die Staatsausgabenquote – und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt. Klares Fazit der IV-Vorarlberg: „Nicht zusätzliche Einnahmen, sondern ein effizienterer Staat, Prioritätensetzung und nachhaltige Reformen stabilisieren das Budget und sichern Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und Zukunftschancen.“



Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg.

# Infrastrukturprojekte sind ein wichtiges Signal

Die IV-Vorarlberg sieht positive Signale bei zentralen Infrastrukturprojekten in Vorarlberg.

Die angekündigten Investitionen von ÖBB und ASFINAG in Höhe von rund 1,1 Mrd. Euro bis 2031 bringen neuen Schwung in zentrale Infrastrukturprojekte im Ländle. „Gut, dass große Infrastrukturprojekte in Vorarlberg wieder vorankommen – entscheidend ist ein klares und dauerhaftes Bekenntnis zur Umsetzung“, so IV-Präsident Elmar Hartmann.

Besonders der geplante Ausbau des Güterterminals Wolfurt ist aus Sicht der IV-Vorarlberg ein wichtiger Schritt für den Wirtschaftsstandort. „Das Güterterminal Wolfurt ist für die exportorientierte Vorarlberger Wirtschaft eine zentrale Drehscheibe – und der Ausbau eine langjährige Forderung der IV“, betont IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann. Die Bestellung eines dritten Portalkrans sowie die geplanten Erweiterungen der Gleisanlagen sind ein notwendiger Schritt, um steigende Transportmengen künftig bewältigen zu können. Die geplante Kapazitätssteigerung

des Güterterminals ist ein positives Signal, reiche aber allein nicht aus. „Wenn wir Güterverkehr ernsthaft auf die Schiene verlagern wollen, braucht es durchgängige Leistungsfähigkeit und ausreichend Kapazitäten – im Terminal genauso wie auf den Zulaufstrecken und in der digitalen Zollabwicklung“, so Hartmann.

**„Infrastruktur darf kein Stop-and-Go bleiben.“**

Elmar Hartmann,  
Präsident IV-Vorarlberg

## Vollanschluss Wolfurt–Lauterach wieder aufnehmen

Auch im Straßenbereich sieht die IV-Vorarlberg zentrale Projekte bestätigt. Positiv bewertet wird insbesondere, dass die Planungen für den Vollanschluss Wolfurt–Lauterach wieder aufgenommen werden sollen. „Das ist ein notwendiger Schritt. Der Vollanschluss wurde politisch gestoppt, obwohl er für Betriebe und Beschäftigte im Betriebsgebiet von großer Bedeutung ist. Dass dieses Thema nun wieder aufgegriffen wird, ist ausdrücklich zu begrüßen“, so Hartmann.



## S18: Klare Linie entscheidend

Dass auch die S18 weiter vorangetrieben werden soll und die Einreichplanung für das UVP-Verfahren im Jahr 2027 starten könnte, bewertet die IV-Vorarlberg als wichtiges Signal. „Nach Jahrzehnten der Diskussion scheint hier langsam, aber sicher etwas weiterzugehen“, hält Hartmann fest.

## Infrastruktur darf kein Stop-and-Go bleiben

Trotz der positiven Signale mahnt die IV-Vorarlberg zu Konsequenz: „Ankündigungen und Gesprächsklima sind das eine – am Ende zählen Umsetzung, Tempo und Verlässlichkeit“, so Hartmann. Infrastrukturprojekte dürften nicht erneut in ein Stop-and-Go geraten. „Vorarlberg ist auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Sie sind Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Lebensqualität. Dafür braucht es ein dauerhaftes politisches Commitment.“

# Austausch mit dem neuen US-Botschafter in Österreich, Arthur Graham Fisher

Die USA sind einer der bedeutendsten Handelspartner Vorarlbergs. In Zeiten von Verwerfungen und Unsicherheiten war es der IV-Vorarlberg ein wichtiges Anliegen, am 24. Februar zum persönlichen Austausch mit dem US-Botschafter in Österreich einzuladen.

## Was zählt, ist der persönliche Austausch!

Einer der wichtigsten Handelspartner von Vorarlbergs Wirtschaft und Industrie sind seit vielen Jahrzehnten die Vereinigten Staaten von Amerika. Auch in diesen herausfordernden geopolitischen Zeiten braucht es offenen transatlantischen Dialog über Wirtschaft, Politik, Rahmenbedingungen, Wandel sowie die konkreten Chancen und

Risiken. Raum dafür war am 24. Februar im neuen IV-Haus der Zukunft in Bregenz.

## US-Botschafter in Vorarlberg

Zum exklusiven persönlichen Austausch für IV-Mitglieder mit dem neuen US-Botschafter in Österreich, Arthur Graham Fisher, lud die IV-Vorarlberg in Kooperation mit der Botschaft der Vereinigten Staaten nach Bregenz ein. Vorarlberger Unternehmen mit

US-Geschäft sowie bestehendem oder geplantem US-Standort bot sich hier die Gelegenheit zu direktem Dialog und offenem Austausch mit dem Botschafter.

Die IV-Vorarlberg bedankt sich für die Bereitschaft, sich live mit offenen Worten auszutauschen, und freut sich über die zahlreichen direkten Gespräche mit der Gelegenheit zum persönlichen Netzwerken.



## PIONEERING TECHNOLOGY & INNOVATION

### Warum die technologische Vorreiterrolle zur Standortentscheidung wird

Vorarlberg steht nicht vor einem gewöhnlichen Konjunkturzyklus, sondern vor einer strukturellen Weggabelung. Zehn Jahre nach der ersten Industriestrategie der Industriellenvereinigung Vorarlberg hat sich das Umfeld grundlegend verändert: Technologischer Wandel verläuft exponentiell, internationale Wettbewerber investieren massiv in Zukunftstechnologien, Unsicherheit ist zum Dauerzustand geworden. Stillstand ist in dieser Situation keine neutrale Option mehr.

Mit der neuen IV-Industriestrategie „(V)orwärts in eine exzellente Zukunft – 2035+“ treffen wir daher eine bewusste Entscheidung: Vorarlberg soll nicht mitlaufen, sondern gezielt vorangehen.

Die Strategie ist kein Bruch, sondern die konsequente Weiterentwicklung unseres bisherigen Wegs. Exzellenz ist kein Zustand, sondern eine Haltung. Zukunft entsteht nicht durch Abwarten, sondern durch Gestalten. Die erste Stoßrichtung unserer neuen Industriestrategie – „Pioneering Technology & Innovation“ – ist die zentrale Antwort auf diese Ausgangslage. Vorarlbergs Industrie ist tief in globale Wertschöpfungsketten eingebunden. Als exportorientierter Hochlohnstandort kann sie langfristig nur bestehen, wenn sie technologisch an der Spitze steht – nicht, wenn sie nachzieht. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Robotik, neue Produktionsverfahren, steigende Energie- und Effizienzanforderungen sowie der internationale Investitionswettbewerb erhöhen den Handlungsdruck zusätzlich.

Innovation wird damit von einer Option zur unverzichtbaren Standortnotwendigkeit. Gleichzeitig verfügt Vorarlberg über eine starke industrielle Basis und eine besondere Fähigkeit, Tradition und Erneuerung zu verbinden. Diese Stärke gilt es gezielt zu nutzen.

Die erste Stoßrichtung bündelt diesen Anspruch klar: Vorarlberg muss Technologien frühzeitig entwickeln, erproben und rasch in marktfähige Lösungen überführen. Durch Innovationscluster, unternehmensübergreifende F&E-Allianzen, Pilotfabriken, Testumgebungen, ein starkes Startup-Ökosystem und bessere Kapitalmarktzugänge entsteht ein dynamisches Innovationsumfeld. „Pioneering Technology & Innovation“ steht bewusst an erster Stelle unserer Industriestrategie;

weil technologische Führungsfähigkeit die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Standortqualität ist. „(V)orwärts“ heißt: Vorreiter sein!



# 18. Jobmesse Vorarlberg von IV und FHV

*Ein Signal für den Wirtschaftsstandort: Die 18. Jobmesse Vorarlberg von IV und FHV, in Kooperation mit Marke Vorarlberg und VN, zeigte am 13. März eindrucksvoll, wie stark die Brücke zwischen Industrie und Arbeitsmarkt im Ländle ist.*

**T**rotz wirtschaftlicher Herausforderungen bleibt die international erfolgreiche Industrie der zentrale Motor des Landes. Sie stellt sich aktiv den Zukunftsthemen Digitalisierung, KI und Dekarbonisierung und bestätigt damit ihre führende Rolle in Österreich.

Mehr als 1.000 Jobangebote von über 115 Arbeitgebern – Hidden Champions, Weltmarktführer, KMU und Institu-

tionen – zeigten auf der Jobmesse deutlich, wie hoch der Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist. IV-Geschäftsführer Simon Kampl: „Gesucht sind Menschen mit Innovationsgeist und Verantwortungsbewusstsein, besonders in MINT-Berufen. Hier liegen große Chancen, vor allem auch für Frauen. Initiativen wie die Jobmesse und der Expat Service leisten einen wichtigen Beitrag, um Fachkräfte zu gewinnen und langfristig Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Vorarlberg zu sichern.“



V.l.: FHV-GF Stefan Fitz-Rankl, LR Barbara Schöbi-Fink, FHV-Rektorin Regine Kadgien, IV-GF Simon Kampl.



## SEHR GEEHRTE LESERIN, SEHR GEEHRTER LESER,

seit ChatGPT Ende 2022 auf die Bühne trat, ist „künstliche Intelligenz“ zum Alltagsbegriff geworden. Begeisterung und Fragen liegen dabei oft nah beieinander – gerade dann, wenn Technologien unser Leben spürbar verändern.

Für die BTV Vier Länder Bank ist KI kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das uns hilft, Zeit für das Wesentliche zu gewinnen. Unsere Expertinnen und Experten beginnen immer mit einer einfachen Frage: Welchen Nutzen stiftet das für Kundinnen, Kunden und Mitarbeitende? Erst wenn das klar ist, kommt die passende Technologie ins Spiel. KI soll Arbeit erleichtern – nicht Menschen ersetzen.

Und im Finanzbereich zählt eines mehr als jeder technische Fortschritt: Sicherheit. Der Schutz sensibler Daten hat für uns absolute Priorität. Deshalb prüfen wir jede Anwendung sehr sorgfältig und setzen klare Grenzen, wo Risiken entstehen könnten.

Nicht zuletzt bleibt bei aller Digitalisierung ein Grundsatz unverändert: Vertrauen entsteht durch Menschen. Kein Algorithmus kann ein persönliches Gespräch, echtes Zuhören oder gemeinsame Entscheidungen ersetzen. Genau diese Beziehung ist unser stärkstes Fundament – heute und in Zukunft.

Ihr  
Michael Gebhard  
IV-Vorstandsmitglied  
reg. Geschäftsleiter Vorarlberg Firmen  
BTV Vier Länder Bank AG

## JUNGE INDUSTRIE

### Jl Digital Minds Talk

Um KI und Digitalisierung als Teil des Arbeitsalltags mit Use Cases und Einblicken aus den Unternehmen ging es am 3. Februar: Manuel Eugster (CTO Rhomberg Bau) zeigte, was man unbedingt über KI wissen sollte, welche Lessons aus der Geschichte helfen und wie KI im Bauunternehmen praktisch eingesetzt wird; Ulrich Raab (Head of Marketing International RAUCH) gab Einblicke in unterstützende Strategien und Tools – und Malcolm Werchota (Co-Founder werchota.ai) zeigte, wie man echte AI-Use-Cases identifiziert, Prototypen erstellt und KI erfolgreich einsetzt, live und interaktiv. Danke für einen spannenden Abend im neuen IV-Haus der Zukunft!

### Jl visits RATTPACK®

Am 3. März war die JI-Vorarlberg zu Gast beim Familienunternehmen RATTPACK® in Wolfurt. Der heimische Spezialist für Druck und Verpackung zählt mit rund 600 Mitarbeitenden, acht Standorten und über 70 Jahren Know-how zu den führenden Herstellern von Verpackungslösungen in Zentraleuropa. Neben exklusiven Einblicken durch JI-Vorstandsmitglied Lisa-Sophia Ratt sorgte als

Überraschungsgast der neue JI-Bundesvorsitzende Eduard Fröschl für zusätzliche Impulse zu seinen Zielen und Schwerpunkten in den kommenden Monaten und Jahren. Danke an die Familie Ratt für die Gastfreundschaft und den spannenden Austausch!

